

Berliner Energiewende

Enquete-Kommission verlangt Ausstieg aus der Kohle. Kraftwerke nur noch bis 2020 in Betrieb

■ VON JENS ANKER

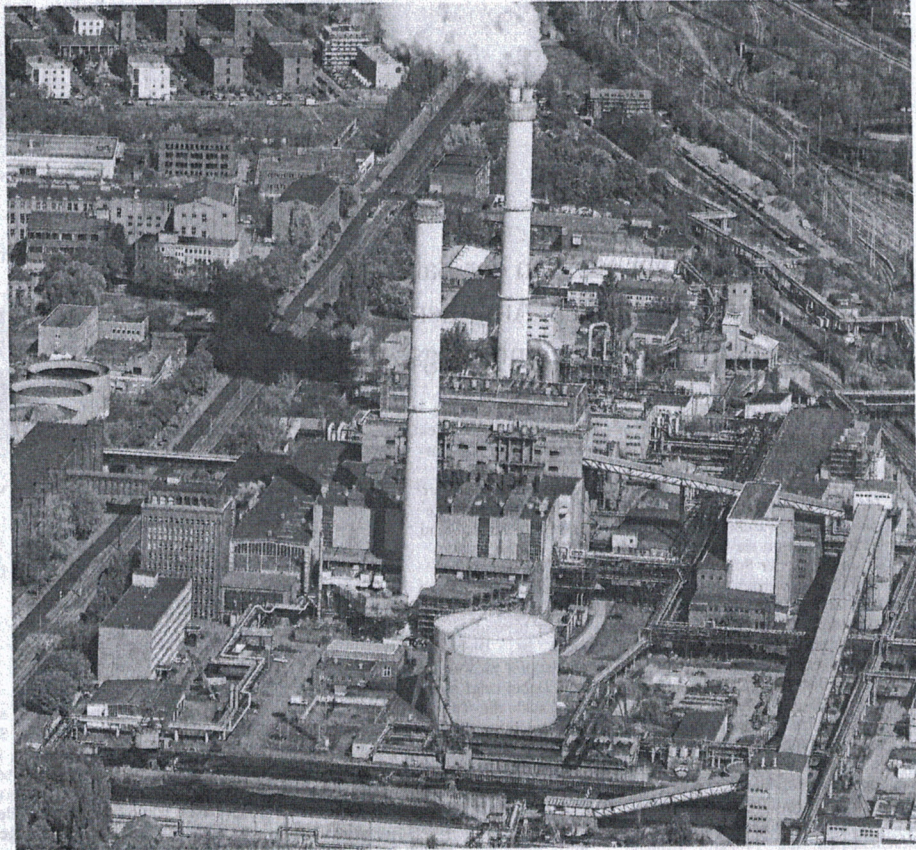
Berlin will Hauptstadt der Energiewende werden und setzt dabei auf den Ausstieg aus der Kohleenergie und den Netzbetrieb für Strom und Gas aus einer Hand. Überraschend eindeutig und einhellig haben sich die Mitglieder der sogenannten Berliner Enquete-Kommission auf gemeinsame Ziele für die zukünftige Energieversorgung der Hauptstadt verständigt. Zu den Ergebnissen, die die Kommission am 7. Oktober vorstellt, gehören auch wegen grundsätzlich unterschiedlichen politischen Positionen kaum für möglich gehaltene einstimmige Beschlüsse. So sind sich die fünf Fraktionen des Abgeordnetenhauses und externen Experten darin einig, bis 2020 die verbliebenen Kohlekraftwerke in der Stadt abzuschalten und grundsätzlich die Energieversorgung „integrativ“, das heißt aus einer Hand zu betreiben.

„Das sind Vorschläge, die die Energieversorgung der kommenden 25 Jahre prägen“, sagt der Vorsitzende der Kommission, Jörg Stroedter (SPD). „Ich versuche, dass das ein Erfolg wird.“ Die Arbeit der elf Abgeordneten und fünf externen Experten hat mittlerweile internationales Interesse auf sich gezogen. Als Hauptstadt des Landes, das die Energiewende nach dem beschlossenen Ausstieg aus der Atomkraft ernsthaft in Angriff nimmt, steht die Kommission im Fokus. Der Abschlussbericht wird deshalb zum ersten Mal in der Geschichte des Abgeordnetenhauses auch auf Englisch erscheinen, da das internationale Interesse an den Berliner Ergebnissen so groß ist.

Möglich wurde das durch zwei Besonderheiten. Anders als in den Ausschüssen des Berliner Parlaments, tagt die Kommission überwiegend nicht öffentlich, so dass die üblichen politischen Spiegelfechtereien unterbleiben, andererseits ist das politische Gremium durch fünf Energieexperten ergänzt, die die möglichen Rahmenbedingungen und die aus Expertensicht sinnvollsten Wege aufzeichnen.

So einigte sich die Kommission darauf, dass Berlin bis zum Jahr 2020 die verbliebenen vier Kohlekraftwerke in der Stadt abschaltet. Für zwei der vier Kraftwerke – Reuter C in Spandau und Klingenberg in Lichtenberg – besteht bereits ein Ausstiegsszenario, für die anderen beiden – Reuter West und Moabit – muss ein entsprechender Plan noch erarbeitet werden. Die Enquete-Kommission soll im Auftrag des Abgeordnetenhauses die Zukunftsperspektiven für die Berliner Energieversorgung aufzeigen.

Neben dem Ausstieg aus der Kohleenergie haben sich alle fünf Fraktionen und die fünf unabhängigen Experten darauf verständigt, den öffentlichen Gebäudebestand bis zum Jahr 2050 energetisch zu sanieren. „Wir hinken jetzt schon bei der energetischen Sanierung weit hinterher“, sagt der Ausschussvorsitzende Stroedter. „Wir müssen es aber schaffen, bis 2050 eine klimaneutrale Stadt zu sein.“ Klimaneutralität bedeutet, ohne die Freisetzung klimaschädlicher Gase auszukommen.



Das Kraftwerk Klingenberg wird mit Kohle befeuert. Es soll abgeschaltet werden. Kohle gilt als klimaschädlich. PAZ/REUROLUFTBILD/ROBERT GRAHN

Vor eineinhalb Jahren hatten alle fünf Fraktionen im Abgeordnetenhaus gemeinsam die Kommission ins Leben gerufen. Sie soll die Zukunft der energiewirtschaftlichen Strukturen untersuchen. Zudem soll sie Wege aufzeigen, wie die öffentlichen und privaten Strom- und Wärmenutzer unterstützt werden können, damit der Energieverbrauch reduziert und die Energieeffizienz erhöht wird. Seit Jahren ist umstritten, wie mit den unsanierten öffentlichen Gebäuden und Wohnungen in der Stadt umgegangen werden soll.

Sanierungstau bei öffentlichen und privaten Gebäuden

Es besteht ein riesiger Sanierungstau. Alle sind sich einig, dass etwas geschehen muss, Streit besteht jedoch darüber, wie das finanziert werden und wer das bezahlen soll. Ein Klimaschutzgesetz scheiterte in der vergangenen Legislaturperiode am Widerstand der SPD. Da die Sanierungskosten auf die Mieter umlegbar sind, befürchteten die Sozialdemokraten einen starken Mietanstieg.

Bei der energetischen Sanierung von Gebäuden, also etwa bei der Dämmung von Fassaden und der Modernisierung von Heizanlagen, sind aber die Einflussmöglichkeiten und das Potenzial für den Klimaschutz am höchsten. In energetisch sanierten Gebäuden kann der Energieverbrauch drastisch ge-

senkt und damit die Umwelt entlastet werden. Experten gehen allein bei den öffentlichen Gebäuden von einem Sanierungstau in Höhe von mindestens einer Milliarde Euro aus.

Höchst umstritten ist in der Koalition derzeit auch die künftige Strom- und Gasversorgung der Stadt. Derzeit laufen die Ausschreibungen für die Konzessionen, die bislang an die Gas- und Vattenfall vergeben sind. Im Gasverfahren kam zunächst das neu gegründete landeseigene Unternehmen Berlin Energie zum Zug, doch erfolgte die Vergabe nach Auffassung des Verwaltungsgerichts nicht ordnungsgemäß. Berlin strebt in beiden Verfahren



Der Vorsitzende der Kommission: Jörg Stroedter, SPD. DAVIDSDARMER

an, die Unternehmensführung wieder zu übernehmen, um mehr Einfluss auf die künftige Energiepolitik des Landes ausüben zu können.

Dazu laufen derzeit innerhalb der Regierungskoalition von SPD und CDU die Verhandlungen. Neben dem bisherigen Stromversorger Vattenfall hat auch Eon Interesse an der Übernahme der Stromnetze signalisiert. Eine Entscheidung soll noch in diesem Herbst fallen.

Abschlussbericht wird am 12. November vorgelegt

Die Enquete-Kommission stellt am 7. Oktober ihre bisherigen Ergebnisse vor und verhandelt dann den letzten Themenkomplex, bei dem es um Beteiligungen und Rekommunalisierung geht. Am 12. November soll der Abschlussbericht dem Abgeordnetenhaus vorgelegt werden.

Der Kommission gehören elf Abgeordnete an – vier von der SPD, drei von der CDU, zwei von den Grünen und jeweils einer von Linken und Piraten. Zudem arbeiten fünf externe Experten mit. Der Abschlussbericht soll noch in diesem Herbst vorliegen, damit die Beratungen nicht in den Wahlkampf reichen und damit einen überparteilichen Konsens so gut wie unmöglich machen. Die nächsten Wahlen zum Abgeordnetenhaus und den Bezirksparlamenten finden am 18. September 2016 statt.